Abendausgabe

Nr. 386 ♦ 42. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 190

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag
17. August 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9–5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Das Ende des Linkskartells.

Die Pariser Parteitagsdebatte.

Paris, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Selten ist auf einem sozialistischen Kongreß der Hauptpunkt der Tagesordnung, die Frage der Politik und parlamentarischen Taktik der Partei so ruhig und leidenschaftslos behandelt worden, wie auf diesem französischen Parteikongreß. Es wäre ein Irrtum, daraus den Schluß zu ziehen, als ob die französischen Genossen sich etwa der Tragweite ihrer Entscheidung nicht voll bewußt wären. Aber die Diskussion, die darüber seit einem Jahr in zwei großen Delegiertenversammlungen, in zahlreichen Bezirksparteitagen und in der Presse geführt worden ist, hat nicht nur alle Argumente ausgeschöpft, sondern auch im voraus das Ergebnis dieser Auseinandersetzung so unzweideutig festgelegt, daß die Details nur noch platonisch behandelt werden können. Was Anhänger und Gegner der Kartellpolitik und einer Beteiligung an der Regierung am Sonnabend und Sonntag gesagt haben, war und konnte nicht mehr sein, als eine Wiederholung dessen, das darüber in den letzten Monaten bereits oft gesagt worden war. Was die Auseinandersetzung trotzdem spannend machte, ist das hohe Niveau, das diesmal den Kampf zwischen Mehrheit und Minderheit auszeichnet. Einmütigkeit herrschte von Anfang an darüber, daß dem Ministerium Painlevé gegenüber eine Fortsetzung der Politik der Unterstützung nicht mehr in Frage kommt, da seine mehr und mehr in reaktionär-nationalistisches Fahrwasser geratene Politik die Voraussetzungen zerstört, unter denen die Partei im vergangenen Jahr die Zusammenarbeit mit dem Ministerium Herriot beschlossen hatte. Worüber die Ansichten auseinandergingen, ist lediglich die Frage, welche Taktik die Partei künftig an Stelle der aufgegebenen einschlagen solle. Die Entscheidung darüber ist um so dringender, als bei Zusammentritt des Parlaments im Herbst mit dem Ausbruch einer innerpolitischen Krise zu rechnen ist, die die Tage des Ministeriums Painlevé als gezählt erscheinen lassen und die sozialistische Partei schon in kurzem vor die Frage stellen wird, ob sie durch Beteiligung an einem neu zu bildenden Ministerium das nach kaum einem Jahr gescheiterte Experiment des 11. Mai nochmals versuchen oder aber, da weder die Partei der Rechten noch die bürgerliche Linke über eine ausreichende Mehrheit verfügen, durch ihre Haltung eine Situation schaffen will, die aller Voraussicht nach über kurz oder lang zur Auflösung des Parlaments und zu einer Neubefragung des Landes führen muß.

Da nach den gebundenen Mandaten, die die Parteidelegierten haben, kein Zweifel darüber bestehen kann, daß der Kongreß mit übergroßer Mehrheit sich für die letztere dieser beiden Möglichkeiten entscheiden wird, waren es vor allem die Wortführer der Minderheit, die am Sonnabend und Sonntag in langen Ausführungen ihren Standpunkt zu verteidigen suchten. Für die Mehrheit sprach gestern zunächst Zyromski. Zum Wortführer der Minderheit machte sich vor allem

Renaudel.

Er betonte, daß die Fraktion unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt des Parlaments Painlevé vor die Frage zu stellen habe, ob er die Fortsetzung des Kartells wünsche, das er selbst mit geschaffen habe, oder ob er künftig mit einer wechselnden Mehrheit regieren wolle, dessen Hauptstütze Herr Maginot sein werde. Selbst wenn Painlevé sich für das letztere entscheiden würde, dürfte die sozialistische Partei die Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Linken nicht aufgeben, weil die Wählerschaft, die unter allen Umständen den Bestand des Kartells wünsche, es nicht begreifen würde, wenn die sozialistische Partei die Verantwortung für das Auseinanderfallen des Kartells übernehmen würde. In der Frage der Uebernahme der Mitverantwortung an der Regierung sprach Renaudel sich nicht für die Beteiligung schlechthin aus, sondern er beschränkte sich auf eine an den Kongreß gerichtete Warnung, nicht durch freiwilligen Beschluß dieser Beteiligung auf absehbare Zeit den Weg zu verbauen, denn der Eintritt der Sozialisten in das Kabinett bilde unter Umständen die einzige Möglichkeit, die Entstehung eines ausgesprochenen reaktionären Ministeriums zu verhindern.

Auch Grumbach vertrat die Auffassung, daß das Ende der Unterstützungspolitik keineswegs automatisch das Ende der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien im Gefolge haben müßte. Grumbach verwies auf die Entwicklung in den anderen Ländern und bezeichnete es als bedauerlich, daß die französische Partei eine der wenigen sei, die bisher das Experiment der Beteiligung an einer bürgerlichen Regierung abgelehnt habe. Mit dem Delegierten der Gironde, Lavielle, der ebenfalls die These der Minderheit vertrat, schloß die Sonnabendsitzung.

Für Sonntagmorgen kamen nach einer kurzen Diskussion über die Kolonialpolitik der Partei, die vor allem von den Delegierten von Tunis, Algier und Marokko bestritten wurde, und die mit dem Antrag auf Schaffung einer ständigen Kommission für Fragen der Kolonialpolitik endete, in dem Delegierten von Nancy, Doley, und dem Vertreter der Minderheit in Groß-Paris, Mombard, zunächst Parteigänger der Kolonialpolitik und der Beteiligung an der Regierung zu Wort.

Ihnen trat der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, unter stürmischem Beifall der Versammlung entgegen. Ein Antrag, die Rede als Broschüre der Oeffentlichkeit zu übergeben, wurde an die Kommission überwiesen. Den Höhepunkt erreichte die Debatte, als von minutenlangen Ovationen begrüßt,

Léon Blum

die Tribüne bestieg. Er gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Politik der Fraktion in den letzten kritischen Wochen. Die Sozialistische Partei, so führte er aus, sei den gegenüber der bürgerlichen Linken eingegangenen Verpflichtungen treu geblieben. Wenn es trotzdem zum Bruch des Kartells gekommen sei, so trage daran die andere Seite ausschließliche Verantwortung. Die Entwicklung der Situation im Herbst sei sehr schwer vorauszusehen. Es sei noch keineswegs sicher, daß eine von der sozialistischen Fraktion ausgehende Initiative, die Painlevé vor die Wahl einer rechten oder linken Mehrheit stelle, genüge, um den Rücktritt des Ministeriums zu veranlassen. Aber selbst, wenn diese Eventualität eintrete, so bedeute das noch lange nicht, daß die sozialistische Fraktion nunmehr zwischen der Teilnahme an der Regierung und der Mehrheit des nationalen Blocks zu wählen habe. Man dürfe in dieser Beziehung Vertrauen zu der radikal-sozialistischen Partei haben, deren Mitglieder zu einem beträchtlichen Teil eher die eigene Partei verlassen und zu den Sozialisten herüberkommen würden, als sich zu einem Zusammengehen mit der Rechten bereitfinden würden. Die Neubildung der Mehrheit, die sich seinerzeit um Herriot geschart habe, sei wenig wahrscheinlich. Auf jeden Fall aber müsse der Versuch unternommen werden, die Kräfte der Linken zu konzentrieren, sei es in der Opposition, sei es in der Beteiligung an der Regierung. Aber selbst in letzterem Fall komme für die Sozialistische Fraktion eine

direkte Beteiligung an der Regierung nicht in Frage.

Es sei ein großer Irrtum, zu glauben, daß der Besitz eines oder mehrerer Portefeuilles der Partei mehr die Möglichkeit zur besseren Kontrolle der Politik gebe. Einzig und allein der Ministerpräsident bestimme die Orientierung der Politik. Was die Partei wolle, sei die Uebernahme der Regierung durch die Sozialisten, nicht aber lediglich eine Teilhaberschaft. In einem bürgerlichen Ministerium würden die Delegierten der Partei nur Mitträger der Verantwortung, nicht aber Herr der Lage sein.

Die Rede Blums wurde vom Parteitag mit einer stürmischen Ovation für den Redner quittiert. Die weitere Diskussion brachte nichts Bemerkenswertes. Einige Anträge wurden an die Resolutionskommission überwiesen.

Die Reichsamnestie.

Ein nicht eingelöstes Regierungsversprechen.

Von Otto Landsberg.

Die Regierungsparteien des Reichstages haben die Selbstsucht des an Schutzzöllen mit dem Geldbeutel interessierten Teiles ihrer Mitglieder unterschätzt. Sie fürchteten, wie sich gezeigt hat, zu unrecht, daß sie ihre Leute für die Abstimmungen über den Zolltarif nicht würden zusammenhalten können, und daß es aus diesem Grunde der Sozialdemokratie möglich sein würde, das Zustandekommen des Zollgesetzes zu verhindern. Um uns abzuschrecken, verfielen die Deutschnationalen auf den vornehmen Gedanken, den Entwurf des Amnestiegesetzes bis nach Annahme der Zölle von der Tagesordnung fernzuhalten. Die Sozialdemokraten sollten wissen, daß, wenn aus den Hochschutzzöllen nichts wurde, auch das Amnestiegesetz in der Versenkung verschwand. Auf diese Weise hoffte man, unsere Opposition gegen den Zollwucher zu lähmen.

Der Köder der Amnestie hat uns nicht zum Anbeißen verlockt. Wir haben ohne Rücksicht auf ihr Zustandekommen gegen die Zöllner gekämpft, bis wir der brutalen Gewalt unterlagen. Hätte das Scheitern der Zollvorlage dem Amnestiegesetz den Garaus bereitet, so wären wir bereit gewesen, die Verantwortung dafür zu tragen.

Das Amnestiegesetz weist die gleichen Züge auf wie alle gesetzgeberischen Leistungen der Luther-Regierung: Es läßt den Deutschnationalen und ihrem Anhange reichen Segen zuteil werden und gibt anderen höchstens Trostpreise. Die Belastung der Massen des deutschen Volkes durch die Zölle wird jährlich mindestens eine Milliarde Mark betragen. Von dem Anteile des Reiches an diesem ungeheuren Betrag hat man gnädigerweise ganze 40 Millionen Mark jährlich für Zwecke der Invalidenversicherung zur Verfügung gestellt, ein Trinkgeld, das hinter dem üblichen Satze weit zurückbleibt.

Genau so ist es mit der Amnestie. Die Führer des Kapputsches, General Lüttwitz und Kapitän Ehrhardt, sind straffrei, die völkischen Geheimbündler der Organisation Consul, die unter die Kampfmittel gegen die verhaßte Republik den Meuchelmord aufgenommen hatten, sind straffrei, alle die Burschen, die den ersten Reichspräsidenten durch niederträchtige Verleumdungen in Krankheit und Tod getrieben haben, sind straffrei. Soweit ist das Gesetz großzügig. Warum denn auch nicht? Lüttwitz und Ehrhardt haben doch, so erzählte der deutschnationale Abgeordnete Lohmann im Reichsausschuß, nichts anderes bezweckt, als die Ersetzung der Nationalversammlung durch einen neu zu wählenden Reichstag; es war ihnen nur um die Ueberführung verfassungswidriger in verfassungsmäßige Zustände zu tun! Sie putschten also — für die Weimarer Verfassung. Und wenn man die Geheimbündler nicht amnestierte, so hätte Herr Killinger, der, wie sein Freund Löbell, rastlos für Hindenburgs Wahl gearbeitet hatte, am Ende doch ins Gefängnis wandern müssen, falls der Retter nicht wenigstens ihn rettete. Schließlich die Ebert-Beleidigungen! Leidet es denn die deutschnationale Auffassung von höherer Gerechtigkeit, in der Antastung der Ehre des „Sattlergesellen" etwas Strafbares zu erblicken, der die Dreistigkeit gehabt hat, ohne jede Legitimation das von den Edelsten und Besten zugrunde gerichtete Deutschland zu retten! Der Sport der Schmähung des ersten Reichspräsidenten erforderte keinen Geist, sondern nur die Beherrschung des Stallgeruches. Welcher Deutschnationale wäre also von ihm auszuschließen genötigt gewesen. Und so ist es tatsächlich immer noch leichter, unter den echt preußischen Männern einen zu finden, der sich im November 1918 nicht verkrochen hat, als einen, der sich nicht bemüht hätte, den Namen des Mannes in den Schmutz zu ziehen, vor dem sie einst alle sich geduckt haben.

Wie kümmerlich sind neben diesen weitgehenden Strafbefreiungen diejenigen Zugeständnisse des Amnestiegesetzes, die nicht ausschließlich dem Interesse der Anhänger der stärksten Regierungsparteien zu dienen bestimmt sind! Erlassen werden nur Strafen bis zur Dauer von zwei Jahren Gefängnis oder Festung, und niedergeschlagen werden nur solche schwebenden Verfahren, in denen auf eine höhere als diese Strafe nicht erkannt werden würde, beides aber nur dann, wenn es sich um hochverräterische Unternehmungen, Geheimbündelei, gewisse Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik und jene der deutschen Republik zu zweifelhaftem Ruhme gereichenden Fälle handelt, in denen durch die öffentliche Mitteilung des Bestehens gesetzwidriger Zustände Landesverrat begangen sein soll. Diese letztere Kategorie von „Straftaten" war übrigens im ursprünglichen Regierungsentwurf nicht vorgesehen; sie ist erst auf Betreiben der preußischen Regierung aufgenommen worden.

Höhere als zweijährige Gefängnis- und Festungsstrafen, die wegen der aufgeführten Straftaten erkannt sind, werden um zwei Jahre gekürzt. Das ist alles, was das Gesetz bringt. Und so unzureichend diese Gnadenerweise auch sind, Rechtsregierung und Regierungsparteien haben es gleichwohl noch für nötig erachtet, solche Verurteilte, die zur Durchführung ihrer Straftaten oder in Zusammenhang damit gewisse Verbrechen begangen haben, von der Amnestie gänzlich auszuschließen.

Zuchthausstrafen werden durch das Gesetz weder erlassen noch gekürzt. An ihrer Einbeziehung hatten die Deutschnationalen kein Interesse, da die Justiz ihre Anhänger, wenn sie nicht gerade ein „Klystierspritzenattentat" begangen haben, mit Freiheitsstrafen der

Die Berliner Stadtverordnetenwahlen.

Am 25. Oktober.

Der ständige Ausschuß des preußischen Landtages beschäftigte sich heute u. a. auch mit den zur Vorbereitung der Berliner Stadtverordnetenwahlen notwendigen Verordnungen und Uebergangsbestimmungen. U. a. besprachen die Parteien unverbindlich auch den von der Regierung festgesetzten Termin. Nach längerer Debatte herrschte Uebereinstimmung darüber, daß der 25. Oktober als Termin für die Berliner Stadtverordnetenwahlen in Betracht käme. Zwar ist die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung am 16. abgelaufen. Der in Aussicht genommene 11. Oktober scheidet aber als jüdischer Feiertag als Termin aus, der 4. Oktober wird allgemein als zu früh erachtet. Am 18. findet ein deutschnationaler Parteitag statt, sodaß schließlich allgemein der 25. akzeptiert wurde.

Unterstützung der Aga.

Konferenz beim Oberpräsidenten.

Die angekündigte Sitzung beim Oberpräsidenten wird in Anwesenheit des Oberpräsidenten um ½12 Uhr eröffnet. Außer Edmund Stinnes und dem Betriebsrat war auch ein Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes anwesend. Dr. Edmund Stinnes legte noch einmal die Gründe der Stillegung dar, die sich aus den Auseinandersetzungen in dem bekannten Konflikt mit dem Stützungskonsortium ergeben haben. Er vertrat die Auffassung, daß es vor allem persönliche Gründe gewesen seien, aus denen die Großbanken ihre Unterstützung dem Betrieb versagt hätten. Die gesamten Großbanken sind ja bekanntlich in dem Exekutivkomitee des Hugo-Stinnes-Konzerns vertreten, und dieses lehnt eine weitere Finanzierung der Edmund-Stinnes-Betriebe ab, weil es auf diese Weise erreichen will, daß die Besitzmasse von Edmund Stinnes zu der gesamten Liquidationsmasse des Hugo-Stinnes-Konzerns geschlagen wird.

Bei dieser Gelegenheit bezeichnete Edmund Stinnes die von uns in der Sonntagsausgabe veröffentlichte Darstellung der Finanzlage als unzutreffend. Eine Verbindung der Edmund-Stinnes-Werke mit der Liquidationsmasse mit den Hugo-Stinnes-Werken komme nur dann rechtlich in Betracht, wenn die Hugo-Stinnes-Werke unter Geschäftsaufsicht oder in Liquidation kommen. Es wollen die Banken durch die Sperrung des Kredits die wirtschaftlichen Machtmittel anwenden, um ihre Ansprüche an Edmund Stinnes geltend machen zu können. Trotzdem Dr. Edmund Stnes auf die Intervention der Reichsbank hin eine Ausfallbürgschaft für die Forderungen an den Hugo-Stinnes-Konzern im Rahmen der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und im prozentualen Anteil seines Vermögens an der Erbschaftsmasse zu leisten zugesagt hat, gingen die Großbanken darauf nicht ein und zwar wohl deshalb, weil die Selbständigkeit der Edmund-Stinnes-Werke bei einem solchen Verfahren nicht angetastet würde.

Vertreter des Betriebsrats unterstrichen die Ausführungen von Edmund Stinnes und wiesen vor allem darauf hin, daß die Gefahr der Stillegung in unmittelbare Nähe gerückt sei. Man dürfe hier juristische Zwirnsfäden nicht stolpern, wenn es sich darum handle, einen lebensfähigen Betrieb mit Staatskrediten am Leben zu erhalten, wofern dadurch der Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden kann. Der Oberpräsident sagte nach längerer Diskussion seine Mitwirkung beim preußischen Handelsministerium und dem Reichswirtschaftsministerium zu, um zusammen mit der Direktion der Aga-Werke die Wege zu finden, die zur Aufrechterhaltung des Betriebs beschritten werden können.

schwersten Art verschont. Herrschte nicht in den deutschen Gerichtssälen die schon zum Gewohnheitsunrecht gewordene Milde gegen Angeklagte aus dem Lager der politischen Rechten, so würde das Amnestiegesetz anders ausgesehen haben.

Das Gesetz findet Anwendung nur auf Strafen, die von Gerichten des Reiches verhängt, und auf Verfahren, die bei den gleichen Gerichten oder der Reichsanwaltschaft anhängig sind. Die Reichsregierung fand den Mut zu der heroischen Erklärung, daß das Reich zum Erlaß einer Amnestie auch gegenüber Urteilen der Gerichte der Länder befugt sei, sie fügte aber staatsmännisch hinzu, es erscheine ihr nicht zweckmäßig, von der Befugnis zu einem allgemeinen Straferlaß Gebrauch zu machen. Die Länder würden bis auf Mecklenburg das Reichsgesetz durch eigene Amnestie ergänzen. Der Ausbau des deutschen Einheitsstaates ist also in den Augen der Luther-Regierung ein unpraktisches Beginnen. Wer könnte daran zweifeln, daß solcher Weisheit im Kampfe mit dem Partikularismus der Sieg zufallen muß!

Die Rechtsregierung ist durch das Londoner Abkommen gezwungen worden, ohne jede Ausnahme jene nichtswürdigen Subjekte von der verdienten schweren Strafe zu befreien, die aus den verwerflichsten Beweggründen im besetzten Ruhrgebiet mit den Einbruchsmächten gemeinsame Sache gemacht hatten. Dieses Zugeständnis haben Jarres und Stresemann durch die Zusicherung einer umfassenden Amnestie für das übrige Deutschland zu beschönigen gesucht. Ihr Versprechen ist durch das am Tage der letzten Sitzung des Reichstages verabschiedete Gesetz nicht eingelöst worden. Die Rechtsregierung der deutschen Republik ist nur gegen rechtsstehende Feinde dieser Republik wirklich freigebig und nachsichtig gewesen.

Zwist bei den Nationalen.

Krach zwischen Stahlhelm und Jungdo.

Als die Deutschnationalen am 29. August des vergangenen Jahres durch ihr klägliches Auseinanderfallen bei der Reichstagsabstimmung die Annahme der Dawesgesetze ermöglichten, überschritten sie den Zenith ihrer Entwicklung. Schon die Wahlen vom 7. Dezember zeugen von dem Abstieg der „nationalen" Entwicklung. Inzwischen geht die Zersetzung in ihren Reihen weiter. Ein interessantes Kapitel stellen die heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Stahlhelm und dem Jungdeutschen Orden dar. Das „Berliner Tageblatt" berichtet darüber in seiner Sonntagsausgabe eingehend. U. a. schreibt es:

„Den Angriff eröffnete der Stahlhelm mit einem Artikel in seinem Bundesblatt, in dem eine Rede des „Bundeskanzlers" des Jungdeutschen Ordens zum Anlaß genommen wurde, von einem Frontwechsel und einem „Linksabmarsch" des Jungdeutschen Ordens zu sprechen und zu behaupten, daß eine engere Verbindung des Ordens mit dem Reichsbanner geplant sei.

Auf den Angriff des Stahlhelm antwortete die Leitung des Jungdeutschen Ordens in ihrer (in Berlin erscheinenden) Tageszeitung in einer ganzen Reihe von Artikeln. **Das Verhalten der Stahlhelm-Leitung wurde als „gemeiner, treuloser Ueberfall"**, ihre Behauptungen als **Verleumdung**, bezeichnet. Gleichzeitig wurde dem Stahlhelm bescheinigt, daß er eine „reaktionäre" Organisation sei, deren Führer „nicht nach ihrer politischen Eignung, sondern **wegen ihrer früheren gesellschaftlichen und militärischen Stellung** ausgewählt würden. Diese reaktionären Elemente erstrebten **„die restlose Wiedereinführung der früheren Zustände in politischer Beziehung"** und seien „in Kastengeist und Standesüberhebung befangen". In wirtschaftlicher Beziehung werde zu sehr der **Standpunkt des persönlichen Nutzens** betont und das Interesse der Gesamtheit vergessen. Der Vorsitzende des Stahlhelm, Herr Seldte, hätte sich übrigens selbst über die reaktionären Elemente in seinem Bunde beklagt. Es wird daran erinnert, daß er als Vorsitzender des Bundes zu einem Festessen anläßlich des Deutschen Tages in Halle, an dem neben Ludendorff, Goltz eine ganze Anzahl von Generalen, Admiralen und hohen Offizieren teilnahm, nicht eingeladen worden sei. Weiter wird dem Stahlhelm die **Abhängigkeit von bestimmten wirtschaftlichen Gruppen zum Vorwurf gemacht.** Der Orden erklärt sich bereit, unter Beweis zu stellen, daß in Stahlhelmkreisen selbst in bezug auf die Stahlhelmleitung von einem „Korruptionssumpf" gesprochen wurde, und will Personen benennen, welche die geistliche Unabhängigkeit des Stahlhelms bestreiten. Ueber dieses Kapitel schreibt der Hochmeister des jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, nachfolgende bemerkenswerten Worte: „Da, wo Mittel fließen, spielt die Interessenpolitik ihrer Väter die ewig gleiche Rolle. Auf diese Weise sind die meisten Organisationsversuche dem gelben System verfallen. **Lange Zeit ist ein großer Teil der nationalen Bewegung ausführendes Organ irgendwelcher stärkerer Wirtschaftsgruppen gewesen."** Mahraun erklärte weiter, daß seine Organisation sich weigere, sich der Interessenpolitik einzelner Geldgruppen unterzuordnen. Es müsse „mit dem System gebrochen werden, nach welchem irgendeine Gruppe von Persönlichkeiten, die von Großbanken und Konzernen finanziert wird, eine beliebige Anzahl nationaler Führer zur Lösung irgendeiner Tagesfrage unter dem Appell an die allgemein empfundene Notwendigkeit zusammenführt, um sie nachher zu zersplittern". Mahraun zieht dann scharf die Grenze zwischen der „nationalkapitalistischen" Bewegung und seiner „volksnationalen" Richtung, die den Kampf gegen Standesdünkel, Plutokratie und unvölkische Reaktion führe."

Kein Zweifel, **daß die Zersetzung in den nationalen Reihen Fortschritte macht. Der Spiritus der nationalen Opposition ist verflogen, geblieben ist das Phlegma einer engen und stumpfsinnigen Geldsackpolitik, deren Charakter auf die Dauer den Massen der nationalen Verbände nicht verborgen bleiben kann.**

Aufgaben des Preußenlandtags.

Severing über die Preußenpolitik.

Bielefeld, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf der gestrigen Generalversammlung der SPD. des Unterbezirks Bielefeld-Wiedenbrück führte Genosse Severing in seinem Referat über die politische Lage und über die Preußenkrise u. a. aus: „Früher war Preußen der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Das ist heute nicht mehr der Fall. Seit dem 7. September vorigen Jahres leben wir in einer dauernden Regierungskrise. Diejenigen Parteien, die dieses Spiel glauben treiben zu können, brauchen nicht glauben, daß sich eine verantwortungsvolle Regierung das immer gefallen läßt. Nun ist der Etat, der bis zum 1. April festgestellt sein müßte, noch nicht einmal in allen seinen Teilen im Haushaltsausschuß beraten. Der Ministerpräsident und ich sind nicht gewillt, Schindluder mit dem Volkswohl treiben zu lassen. **Wir werden den Landtag vor bestimmte Aufgaben stellen.** Wenn dann ein vernünftiges Arbeiten nicht möglich ist, werden wir den Landtag nach Hause schicken. Wir wollen uns nicht vorwerfen lassen, daß wir gegen die Interessen des Landes verstoßen."

Erklärungen Skrzynskis.

Seine Werbereise in Amerika. — Der Garantiepakt.

Warschau, 17. August. (WTB.) Außenminister Skrzynski wird heute vormittag aus Paris hier eintreffen. Vor seiner Abreise sprach er polnischen Pressevertretern in Paris seine Zufriedenheit über die Ergebnisse seiner Reise nach Amerika aus. Zwei Ziele hätte er mit seiner Amerikafahrt verfolgt: sich mit den Auffassungen der führenden Kreise Amerikas über die Fragen der internationalen Politik vertraut zu machen und in Amerika die Kenntnis über Polen zu erweitern, das zwar in den Vereinigten Staaten viele Sympathien besitze, die aber auf wirtschaftlichem Gebiet bis jetzt noch nicht sachlich begründet seien (d. h. man pumpt Polen nichts. Red.). Diese beiden Ziele glaube er erreicht zu haben. Von seiner Unterredung mit Briand habe er den allerbesten Eindruck. Die Uebereinstimmung der Auffassungen Frankreichs und Englands sei von größtem Werte, sowohl für Polen als auch für den europäischen Frieden überhaupt. Was den Garantiepakt anlangt, so sei die Formulierung der Polen betreffenden Fragen bis jetzt noch nicht erfolgt, weshalb irgendeine Nervosität nicht am Platze sei. Erst nach Besprechung dieser Fragen mit seinen Kollegen könne eine Einigung mit Frankreich erfolgen. Jedenfalls könne der Minister schon heute versichern, **daß der Garantiepakt nicht eine begrenzte Sicherung, sondern** eine auf den Grundsatz des Genfer Protokolls beruhende Zusatzsicherung darstellen werde.

Frieden in Syrien?

Verhandlungen im Gange.

London, 17. August. (WTB.) „Daily Mail" behauptet in einer Meldung aus Jerusalem, daß Frankreich dem Vernehmen nach mit den Drusen Frieden geschlossen habe; die genauen Bedingungen seien noch nicht bekannt, aber es heiße, daß sie die Auferlegung einer hohen Geldbuße einschließen. Es verlaute auch, daß gewissen Personen eine politische Amnestie gewährt werden wird.

„Times" meldet aus Jerusalem: Die letzten Nachrichten aus Syrien spiegeln die politische Besorgnis in Damaskus wider. Dorthin sind 10 Panzerwagen aus Beirut gesandt worden, um eine Kundgebung zu veranstalten. Aus Beirut wird gemeldet, daß eine Abordnung, die zur Unterhandlung mit den Drusen entsandt wurde, aus Hauran mit folgenden Bedingungen der Drusen zurückkehrte: Erstens, Hauptmann Carbillet muß des Gouverneurpostens des Dschebel Drus enthoben werden; zweitens, ein französischer Gouverneur ist genehm, vorausgesetzt, daß er von den Drusen gewählt wird; drittens, niemand darf wegen des Aufstandes bestraft werden, und Waffen der Drusen dürfen nicht beschlagnahmt werden. Die Abordnung wurde von General Sarrail empfangen, und hierauf wurde Befehl gegeben, die in Damaskus, Deirezzor und Kuneitra gefangengesetzten Drusen freizulassen.

Der Irak-König auf Postensuche.

Paris, 17. August. (EB.) Die Reise des Königs Faisal von Irak nach London wird von der Pariser Presse verschiedenartig kommentiert, weil der König hier als Thronanwärter für den syrischen Thron betrachtet wird. Einige Zeitungen behaupten nämlich, daß der Drusenaufstand von König Faisal unterstützt worden wäre, um die Franzosen aus Syrien zu vertreiben und sich an ihre Stelle setzen zu können. So schreibt das „Journal", daß die Absicht König Faisals darin bestehe, sowohl in Bagdad als auch in Damaskus zu herrschen. Im Irak herrsche er aber nur dank der Unterstützung der Engländer. Die Volksbefragung im Irak sei eine Komödie gewesen, die von der Völkerbundskommission über Mossul gespielt worden sei. Seitdem die Wahabiten König Hussein vertrieben hätten, fühle sich König Faisal noch weniger sicher als bisher. Er lege sich davon Rechnung ab, daß seine Regierung auf schwachen Füßen stehe, wenn die englischen Soldaten den Irak räumen würden. Seine Reise nach London sei nur erfolgt, um eine Verlängerung der englischen Besatzung zu erlangen, die nach den bestehenden Verträgen in 4 Jahren ablaufen würde.

Stillegungen im Ruhrgebiet.

Bochum, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Während im Monat Juli die Belegschaften der Zechen „Prinzregent", „Julius Philipp", „Friederika" und „Karl Friedrich Erbstollen" zwei Schichten infolge Absatzmangels feiern mußten, ist die Verwaltung von Deutsch-Lux gezwungen, durch die steigenden Absatzschwierigkeiten heute, Montag, auf den obengenannten Zechenanlagen eine weitere Feierschicht, die dritte in diesem Monat, einzulegen. Durch die zunehmenden Absatzstockungen ist zu befürchten, daß die Verwaltung gezwungen wird, auch in den im hiesigen Bezirk liegenden Schachtanlagen zu Betriebseinschränkungen zu schreiten, wie es bei den Schachtanlagen der Gesellschaft bei Dortmund bereits vorgenommen worden ist.

Reichstagsabgeordneter Beusch gestorben. Der Vertreter Berlins in der Reichstagsfraktion des Zentrums, Dr. Paul Beusch, ist im Alter von 42 Jahren an den Folgen eines Ohrenleidens gestorben. Beusch hat eine rasche und arbeitsreiche Laufbahn hinter sich. Als Nationalökonom und Finanzwissenschaftler trat er 1907 in die „Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland" ein. 1919 wurde er von Erzberger in das Reichsfinanzministerium berufen, dem er als Ministerialrat und Ministerialdirektor bis in die letzte Zeit angehörte. Sein Nachfolger im Reichstag ist der Kaufmann Schönborn, der seit Jahren den Vorsitz in der Berliner Zentrumsorganisation inne hat.

Massenverurteilungen durch die Besatzungsbehörde. Das französische Militärpolizeigericht Wiesbaden verurteilte wiederum nicht weniger als 107 Personen aus dem unbesetzten Gebiet zum Teil zu recht hohen Geldstrafen, weil sie nicht im Besitze eines vorschriftsmäßigen Passes waren.

Lebendige Maschinen.

Von Ludwig Tieffenbach.

In einem Schaufenster steht ein Mädchen und legt alle zwei Sekunden einen weißen Bogen Papier oben auf die Druckmaschine. Gleich kommt der Bogen unten wieder heraus und trägt nun die Nachricht, daß der Herr Kommerzienrat X. sich die Ehre gibt, Herrn . . . . . . und Gemahlin zu einem Butterbrot einzuladen. Das Mädchen im Schaufenster sieht ein bißchen schmal aus, und man würde es ihr nicht übel nehmen, wenn sie auf Kommerzienrats Butterbrot neidisch wäre. Aber sie ist es nicht. Jetzt, hier im Schaufenster, denkt sie nichts, fühlt sie nichts, will sie nichts. Sie sieht die jungen Männer nicht, die manchmal auffordernd durch die Glasscheibe gucken — sie hat Dienst, und man weiß nicht recht, wo die Druckmaschine aufhört und wo das Mädchen anfängt!

Die Straße entlang wandeln nebeneinander zwei grüne Uniformen, zwei schwarz lackierte Helme; zwei Paar Arme sind auf dem Rücken verschränkt, zwei Paar Gamaschenbeine exerzieren mit jener Parallelität, die wir alle am Schupo-Zwilling so gerne haben. Die Sonne brennt mit Ueberstunden auf die ächzenden Staatsbürger; aber der ganz in Wolle gepackte Zwilling schwitzt nicht. Eine kurzröckige Blonde läuft, von Blicken gestreichelt, vorüber; aber der Zwilling nimmt von ihren Beinen keine Notiz. Der Zwilling raucht auch nicht, lacht nicht — er hat Dienst! Von seinen Kniegelenken führen unsichtbare Marionettenstrippen zumm Herrn der irdischen Heerscharen.

Vier Straßenarbeiter hauen einen eisernen Keil in den Asphalt. Sie schwingen ihre langen Hämmer im Rhythmus, und es sieht wunderschön aus, es klingt auch hübsch; aber leider sind es gerade Menschen, die diesen amüsanten Spektakel ausführen, und dieser Spektakel ist leider die Hauptbeschäftigung ihres Lebens.

Woher kommt eigentlich unser Hochmut gegen die Maschinen? Beschäftigt sich nicht die Mehrzahl von uns mit Dingen, die eine primitive Maschine ebensogut oder besser machen würde? Beleidigt denn keinen der gleichförmige Takt dieser Arbeiten? Uns alle hat irgendein großer Puppenspieler am Wickel und beschäftigt uns unser Leben lang, ohne eigentlich unsere besten Kräfte auszunutzen. Ist nicht das, was ein Vogel tut, wenn er Futter sucht, eine viel reichere, verzweigtere, intelligentere Sache als das meiste, was von Menschen in Bureaus, Fabriken und hinter Postschaltern zwecks Nahrungserwerb gemacht werden muß? Und wo steckt eigentlich all das Menschliche: das Sich-Freuen und Traurigsein, das Weinen und Aufjauchzen, das Hassen und das Edelsein und was uns die Dichter und Schauspieler sonst Schönes vormachen? —

Doch da fällt uns der Idealist ins Wort und sagt: „Ja, aber die Liebe! Blüht sie nicht in jedem Menschen einmal auf, macht sie nicht jeden einmal zum Dichter?"

*

Ich gehe um Mitternacht durch eine Hauptstraße. Sie ist ausgestorben, und das Klappern meiner Schuhe hat plötzlich eine unerträgliche Wichtigtuerei an sich: Jedoch es gibt noch mehr Leute, die Lärm machen. An einer Straßenecke stehen ein paar Frauen mit dicken seidenglänzenden Beinen und großen Hüten. Mit Schminkstift und Puder sind ihre Gesichter uniformiert; sie sehen sich so ähnlich, wie ein Soldat dem andern. Ihre kalten und unheimlich tiefen Stimmen schreien und lachen durcheinander. Sie gehen immer hin und her, mit quälender Regelmäßigkeit, unermüdlich wie ein Uhrpendel. Als ich vorbeikomme, murmeln sie etwas, was zwar dem Wortlaut nach eine Lockung ist, aber einen verwelkten, abgestorbenen Klang hat; sie schnurren es ab wie eine Spieldose. Und mir fallen plötzlich die grellbemalten Bahnhofsautomaten ein, in die man einen Groschen wirft und die dann eine Schachtel gebrannter Mandeln ausspucken und mir fällt auch — nebenbei — die Liebe des Idealisten ein.

Eine chemische Fabrik auf hoher See.

Unter den Chemikalien spielt das Brom für Industrie und Handel eine der wichtigsten Rollen. Der Bedarf ist während der letzten Jahre vor allem deshalb so enorm gesteigert worden, weil das Brom zur Herstellung von brennbaren Oelen für den Kraftwagenantrieb unerläßlich ist. Deutschland lieferte bisher das meiste Brom für den Weltbedarf, da es als Beiprodukt bei der Kali- und Steinsalzgewinnung erhalten wird. Diese Lager werden aber von nicht allzu ferner Erschöpfung bedroht. Man hat sich deshalb nach anderen als den bekannten natürlichen Quellen umgesehen und hat sich daran gemacht, das Meerwasser in bezug auf Brom auszubeuten.

Neuerdings ist man in den Vereinigten Staaten darangegangen, diese Ausbeutung im großen Stile zu betreiben. Man hat ein eigens für das besondere Gewinnungsverfahren geeignete Dampfschiff, das den Namen „Ethyl" (Aethyl) führt und 4300 Tonnen groß ist, erworben, das imstande sein soll, im Monat an die 50 000 Kilogramm Brom aus dem Seewasser zu gewinnen. Der Dampfer ist mit seinen Vorrichtungen und Apparaten in der Lage, in der Minute gegen 30 000 Liter Seewasser zu heben und zu bearbeiten. Sollte sich der Versuch, der seit dem 5. April d. J. auf hoher See unternommen wird, bewähren, so ist die Besitzerin dieses „chemischen" Dampfers, die Aethyl-Gasoline-Gesellschaft von New York, gewillt, eine ganze Flotte solcher Schiffe auszurüsten, und man beabsichtigt dann auch noch andere chemische Stoffe, z. B. Jod aus dem Seewasser zu ziehen.

Es leuchtet ein, wie billig der Gewinnungsprozeß sich stellen muß, da einmal das Gelände für die Fabrik auf dem Lande erspart wird, sodann der Rohstoff in unerschöpflicher Fülle unmittelbar nahe zur Hand ist. Verlegt man nämlich die Apparate unterhalb des Wasserspiegels im Schiffe, so ist das Heraufpumpen des Seewassers gar nicht erforderlich, da es ohne weiteres hereindringt und so ungehindert Tag und Nacht bearbeitet werden kann. Das Land gewinnt außerdem bei diesem Herstellungsprozeß noch in anderer Hinsicht, wenn man bedenkt, daß weder der Kohlenrauch noch die sonst so lästigen Dämpfe und Abwässer einer chemischen Fabrik hier jemanden belästigen und sie also dem armen Erdbewohner nicht mehr die Luft verpesten.

Die Erstaufführung der Haller-Revue „Achtung! Welle 505" nunmehr auf Mittwoch, den 19. August, pünktlich 7 Uhr, festgesetzt, ab Donnerstag täglich 8¼ Uhr.

Frauen für den Staatsdienst in England. Dieser Tage hat die große, alljährliche Konkurrenzprüfung für die Klasse 1 des Zivildienstes begonnen, und zum ersten Male sind 34 weibliche Kandidaten zugelassen worden. Jede erfolgreiche Bewerberin erhält eine Anstellung in irgendeinem Zivildepartement und damit die Aussicht, die höhere Laufbahn bis zur schwindelnden Höhe einer „Permanenten Unterstaatssekretärin" zurücklegen zu können, welche Posten, beiläufig bemerkt, im Durchschnitt mit je 3000 Pfund Sterling im Etat angesetzt sind. Die Permanenten Unterstaatssekretäre sind die allmächtigen Berater der betreffenden Minister und die eigentlichen Chefs der Ressorts. Mit dem Zugeständnis der Teilnahme an der letzten und schwierigsten Prüfung ist die letzte Schranke für die Frauen gefallen.

Die Prüfung hat es allerdings in sich. Sie dauert drei Wochen und umfaßt 65 Fächer, von Zoologie und Astronomie bis zur Zivilisation der Arbeiter und dem römischen Recht, doch sind nur sechs dieser Fächer obligatorisch. Die Bewerberinnen müssen sich im Alter von 21 bis 24 Jahren befinden. Was das Gehalt der einzelnen Stellungen betrifft, so ist nur die Grenze gesetzt, daß das den Beamtinnen gebotene Höchstgehalt 100 Pfund Sterling niedriger ist als das für Beamte festgesetzte. Die Teilnehmerinnen an der Prüfung werden sich hauptsächlich aus denjenigen jungen Mädchen rekrutieren, welche die Frauenuniversitäten von Girton oder Newnham absolviert haben.

Die ältesten Fische der Erde. Nach einem Bericht in „Natur und Kultur" hat man in jüngster Zeit in Oslo reiche Funde von Ueberresten der ältesten Fische der Erde gemacht. Diese Fische zeigen, daß ein Teil der ältesten Fischarten keine Kiefer und auch keine Zähne besaß; an den Seiten des Körpers saßen den Gliedmaßen entsprechende paarig angeordnete Bruststacheln, während der Kopf zwei Seitenaugen und ein Stirnauge aufwies. Der Mund war von einer Kieferplatte eingefaßt. Zugleich mit diesen Funden fand man auch Panzerfische.

James Watts Werkstatt. Der Wohnsitz James Watts in Heathfield bei Birmingham, wo der große Erfinder von 1760 bis zu seinem Tode gelebt hat, fiel jetzt der Spitzhacke zum Opfer, um Neubauten Platz zu machen. Watts Erbe hat aber alle Maschinen, Werkzeuge, Geräte und dergleichen dem Science-Museum in South Kensington übergeben; ihm haben die gegenwärtigen Eigentümer auch Tür, Fenster, Fußboden usw. von Watts Werkstatt zur Verfügung gestellt, so daß eine genaue Nachbildung des Raumes, wie er sich mitsamt seinem Inventar zur Zeit von Watts Tode darstellte, geschaffen werden konnte, der jetzt dem Publikum zugänglich gemacht wurde.

Das Jagdschloß als Volkshochschule. Das ehemalige Hessen-Nassauische Jagdschloß Niederwald bei Rüdesheim mit etwa 60 Räumen soll auf acht Jahre der Volkshochschule Düsseldorf pachtweise überlassen werden. Das erforderliche Betriebskapital für Instandsetzung, Pacht und Verwaltung soll durch eine bereits genehmigte Lotterie aufgebracht werden.

Zur Feier des 200jährigen Bestehens der russischen Akademie der Wissenschaften wurde in Petersburg eine Ausstellung der Funde des Generals Koslow veranstaltet, der in der Mongolei und im Tibet Ausgrabungen alter Grabstätten vorgenommen hatte. Die Ausstellung zeigt hauptsächlich kostbare Seidengewebe, [illegible] Kultur.

Spanien und Marokko.

Keine Verhandlungen mit dem „maßlos" fordernden Abd el Krim.

Paris, 17. August. (WTB.) Das spanische Direktorium nimmt in einer Mitteilung an die Presse zu den Friedensverhandlungen mit Abd el Krim Stellung und erklärt, die spanische Regierung, die getreulich an der Ausführung der Madrider Abmachungen arbeite und mit der französischen Regierung bezüglich des gesamten Marokkoproblems vollkommen einig gehe, wünsche ebenfalls, wie es die französische Regierung bereits getan habe, die öffentliche Meinung über die Friedensverhandlungen mit Abd el Krim aufzuklären. Das Direktorium, dessen Ideal es immer gewesen sei, die durch die Marokko-Angelegenheit auferlegten Lasten auf ein Mindestmaß herabzusetzen, habe niemals ein Mittel außer Acht gelassen, um seine Protektoratspflicht lediglich mit den unumgänglich nötigen Geldopfern zu erfüllen. Deshalb habe Abd el Krim jedesmal, wenn er um Frieden gebeten habe, alles Entgegenkommen gefunden, das Spanien ihm im Rahmen der internationalen Abmachungen, die seine Handlungsfreiheit beschränkten, habe bieten können. All diese Versuche seien gescheitert, da Abd el Krim diese Schritte zweifellos nur unternommen habe, um Zeit zu gewinnen, die Ernte einzubringen, die Offensivvorbereitungen zu treffen oder die Wirkungen der spanischen Offensive, die stets auf das unumgänglich Notwendige beschränkt gewesen sei, abzuschwächen. Die Bedingungen Abd el Krims enthielten maßlose Forderungen, wie z. B. die vollkommene und bedingungslose Unabhängigkeit des Rifgebietes, Uebergabe eines zahlreichen Flugzeugmaterials, Bezahlung größerer Summen, zweifellos als Entschädigung für die Vorfälle von 1921, und all das, ohne daß Abd el Krim irgendeine Garantie anbot, daß dieser — übrigens unmögliche — Frieden, wenn er geschlossen würde, dauerhaft und wirksam wäre. Es sei nicht möglich gewesen, angesichts derartiger Forderungen in Verhandlungen einzutreten, Forderungen, die nur jemand aufstellen könne, der, wie Abd el Krim, den Frieden nicht wolle, weil er vom Kriege lebe. Im Einverständnis mit Frankreich und in dem Wunsch, alle friedlichen Mittel zu versuchen, und angesichts der Tatsache, daß die Betätigung Frankreichs und Spaniens als Protektoratsmächte ein Werk der Zivilisation und der Menschlichkeit sei, nicht aber kriegerischen Interessen diene, hätten beide Länder die Grundbedingungen festgelegt, unter denen Zugeständnisse bis zur Grenze des Möglichen gemacht werden könnten. Man gestehe den Aufständischen eine weitgehende und liberale Autonomie über ihr Gebiet unter der Souveränität des Sultans und des Kalifen zu, sowie alle Erleichterungen, damit die heute aufständischen Eingeborenen des Rif- und Dschebalagebietes die Vorteile der Zivilisation genießen könnten, obwohl Spanien und Frankreich deshalb wirtschaftliche Opfer bringen müßten, die der Welt wieder einmal ihre Selbstlosigkeit bewiesen. Wenn auch Verhandlungen noch nicht stattgefunden hätten — denn dazu müßten Abd el Krim oder der Sultan die Initiative ergreifen —, kenne Abd el Krim sehr wohl die Grundlagen für den Frieden. Spanien und Frankreich hätten aber auch die Gewißheit, daß er weiter bei seiner Auffassung beharre, keine Diskussion ohne vorherige Anerkennung der Unabhängigkeit des Riffstaates zuzulassen. Unter derartigen Bedingungen sei eine Verhandlung nicht möglich. Die von Abd el Krim aufgestellten Forderungen ständen mit den internationalen Verträgen und Abmachungen in Widerspruch, die Frankreich und Spanien nicht außer Acht lassen könnten, ohne daß das ganze Marokkoproblem mit all seinen Gefahren von neuem aufgerollt würde.

Die neue franko-spanische Offensive.

Paris, 17. August. (WTB.) Wie dem „Journal" aus Madrid gemeldet wird, ist die Operation gegen die Alhucemas-Bucht endgültig auf den 24. August anberaumt. Die Truppen werden unweit von Sidi Briß gelandet werden, um Alhucemas von der Seite her anzugreifen. Alle vorbereitenden Arbeiten seien beendet. Es seien an Truppenverstärkungen für die Operation 40 000 Mann vorgesehen.

Poincaré lewet noch

und hetzt weiter.

Paris, 17. August. (TU.) Senator Poincaré hat ein Kriegerdenkmal in Lerouville eingeweiht, wobei er u. a. sagte, die deutsche Armee habe eingehend die Geographie dieses Gebietes studiert und bereits lange vor dem Kriege habe es deutsche Generalstabskarten gegeben, die nach den französischen hergestellt, aber durch gewisse militärische Angaben vervollständigt seien. Die Deutschen hätten geglaubt, die Italiener würden (als Verbündete Deutschlands. Red.) ihre Versaglieri in die Vogesen schicken, und daher hätten sie Karten für italienische Offiziere mit italienischen Bezeichnungen hergestellt. Nach Ausbruch des Krieges habe der Generalstab diese Karten, die nicht ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt werden konnten, an die deutschen Offiziere verteilt. Man habe derartige Karten bei Gefangenen und Verwundeten gefunden, und General Bourgeois habe ihm eine dieser Karten übermittelt, die er der Versammlung zeigte. Sie trägt das Datum 1910. Im Jahre 1910 habe der Generalstab in Berlin bereits die Invasion Frankreichs vorbereitet und der italienischen Armee hierbei eine Rolle zugedacht.

Was der Generalstab des kaiserlichen Deutschland vielleicht getan hat — Generalstäbe haben schließlich alle Kriegsmöglichkeiten zu durchdenken und vorzubereiten — gehört längst der Geschichte an. Das Deutschland von heute ist eine stark entwaffnete, ständig überwachte Republik, deren kleines Heer gar keinen Generalstab haben darf. Trotzdem hetzt Poincaré seine Zuhörer auf, sicherlich ohne den Unterschied zwischen jenem und diesem Deutschland hervorzuheben. Er folgt damit freilich nur der edlen Tradition von Versailles und St. Germain, wo man die beiden deutschen Republiken wider besseres Wissen so behandelt hat, als hätte man noch die beiden Militärmonarchien vor sich. Damit hat man den Grund gelegt zum Wiedererwachen des reaktionären deutschen Nationalismus, der sich im Herbst 1918, von allem Volk verlassen, in die entlegensten Höhlen verkrochen und dort noch reichlich Platz gefunden hatte.

Der Matteotti-Prozeß.

Immer neue Verschleppung.

Rom, 17. August. (EP.) Die Anklageschrift des Staatsanwaltes im Matteotti-Prozeß wird, den Blättern zufolge, in der ersten September-Hälfte und die Entscheidung der Anklagekammer im Oktober erwartet. Der Prozeß selbst wird auf diese Weise nicht vor November oder Dezember beginnen können.

Auch Italien hat Kolonialsorgen.

Paris, 17. August. (WTB.) Havas meldet aus Rom: Auf der Karawanenstraße von Aegypten nach der Cyrenaika wird die Nachricht verbreitet, daß aufständische Araber und ein italienischer Truppenteil, der mit der Unterdrückung des Waffenschmuggels beauftragt war, zusammengestoßen seien. Ein Oberst und ein Beamter des Kolonialministeriums seien schwer verwundet worden. Die Karawane sei vernichtet.

Tschang-Tso-Lin gestorben? „New York Herald" veröffentlicht ein Pekinger Telegramm, wonach Marschall Tschang-Tso-Lin am Freitag abend gestorben sein soll.

Kakteen.

Im neuen Schöneberger Rathaus, wo man sonst wild über die Geschäftsordnung streitet, hat am Sonntag eine seltsame schwerblütige Poesie Einzug gehalten. Sie fühlte sich nicht ganz wohl in der getragenen Bureaukratie dieser kalten Amtsschimmelwände. Es ist ein kleiner Feengarten, diese entzückend vielstimmige Kakteenschau. Erst wimmelt es von erschreckend viel komplizierten Fachausdrücken, aber wenn du erst die hochgelahrte Fassade überwunden hast, dann wird es sehr schön. Es sind alles Importen, aus Mexiko, Texas und Chile, und es sind Sachen dabei von bezaubernder Schönheit; Stücke, die ausgesuchter Gartenkultur entsprossen sind; seltsame Formen, die in bizarrem Stil zusammenfließen. Ist hier dem Aestheten eine köstliche Revue geboten, so kommt auch der Fachmann nicht zu kurz. Seltsam jene schneeförmige Kaktee, die in reizvollem Spiel farbenlustig zu mischen scheint. In Texas hat sie gesessen. Und die Greisenhäupter, schneeweiß gebleicht in den heißen Schluchten des glühenden Mexiko, sind nicht minder erwähnenswert. Interessant ist der Warzenkaktus; ein Farbenexperiment die Regenbogenkaktee. Dieser kleine verschrumpelte Kaktus, der so bösartig, so erdig grau von unten schielt, ist der Giftkaktus, aus dem die Winnetous und Chingachgooks unserer Lederstrumpfjahre den giftigen Saft für ihre todbringenden Speere zogen. Heute ist das alles anders. Heute sind aus den barbarischen Skalpschwingern gutbezahlte Varietéattraktionen oder Dozenten für Philosophie geworden. Mächtige Kugelkakteen laden zu Wurfgeschossen für Gäste des Cafés Wilhelma ein, wiegen sie doch schwere 70 Pfund. Die Cirenen mit ihren herrlichen Blüten sind ein Kapitel für sich. Welch satter, fiebrig-intensiver Klang, den die Blüte der Peitschenkaktee ausstößt. Seltsam pittoresk jene Kaktee, die der willige Volksmund Bischofsmütze taufte. Noch eins, verehrte Kakteengesellschaft: Warum der so unmöglich hohe Eintrittspreis? 1 Mark ist zu teuer, ist viel zu teuer. Nehmt 20, nehmt 10 Pf., und ihr werdet ein volles Haus haben! Denn die Ausstellung verdient es.

Das Geheimnis der Sterbenden.

Unglücksfall oder Verbrechen bei Wittenau.

Die Meldung von einem Kapitalverbrechen rief gestern früh um 4 Uhr die Mordkommission nach Wittenau. Am Sonntag morgen kurz nach 2 Uhr fand ein Polizeibeamter, als er von Reinickendorf-Ost nach Wittenau ging, in der Roedern-Allee mitten auf der Chaussee eine Frau auf. Als er sich über sie beugte, hörte er sie nur noch im Todeskampfe röcheln. Gleich darauf war sie verschieden. Die Lage der Leiche und die Begleitumstände ließen es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß ein Sittlichkeitsverbrechen vorlag, und die Mordkommission wurde alarmiert. Durch hinzugerufene Schutzpolizei wurde der Fundort in weitem Umkreise abgesperrt und der Autoverkehr umgeleitet.

Die unbekannte Tote lag auf dem Rücken in einer Stellung, die für die Opfer eines Lustmordes bezeichnend ist. An den bloßen Beinen klafften schreckliche Wunden, eine unter dem rechten Knie und eine in der Leistengegend, die so tief war, daß sie den Hüftknochen freigelegt hatte. Außerdem wies der Kopf schwere Verletzungen auf. Alle diese Wunden hatten einen starken Blutverlust zur Folge gehabt. Ungefähr 15 Schritt von der Toten entfernt lag ein hellgelber mittelgroßer Hund, dem anscheinend das Rückgrat gebrochen war. Das leidende Tier, das sich nicht mehr erheben konnte, wurde durch einen Fangschuß von seinen Qualen erlöst. Zwischen dem Hunde und der Frau fand man einen Maulkorb, eine Hundepeitsche, ein Taschentuch ohne Zeichen, ein Portemonnaie und ein Paket mit Butterbroten verstreut auf. Weder in der Kleidung der Toten noch in ihrem Portemonnaie fand man Papiere, die Aufschluß über ihre Person hätten geben können. Hier kann allein die Steuermarke des Hundes, die die Nummer 58 939/25 Berlin trägt, Fingerzeige geben. Nach photographischer Aufnahme des Fundortes wurde die Leiche in das Schauhaus übergeführt. Bei der vorläufigen Besichtigung äußerte Geheimrat Straßmann, daß die Wunden wohl durch einen Zusammenstoß mit einem Auto verursacht worden sein können. Völlige Klarheit wird jedoch erst die Obduktion ergeben. Im Verlaufe der Ermittlungen neigten die Untersuchenden schon zu der Ansicht, daß in der Tat die Frau überfahren worden ist. Da meldeten sich zwei Zeugen, die bestimmte Angaben machten, die den Vorfall in ein wesentlich anderes Licht rücken. Sie bekunden, daß sie kurz vor 2 Uhr, aus Wittenau von einem Vergnügen kommend, unweit der Fundstelle einer Frau, die sich in Begleitung eines Mannes und eines Hundes befand, begegnet seien. Ob diese Frau mit der später tot aufgefundenen personengleich ist, konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Die Tote ist ungefähr 35 bis 40 Jahre alt, 1,45 Meter groß, beleibt und untersetzt. Sie hat ein frisches, von der Sonne gebräuntes Gesicht, dunkelblondes Haar, hellbraune Augen und im Oberkiefer sehr lückenhafte Zähne. Bekleidet war sie mit einem weißen Hemd mit dem Zeichen M. G., einer weißen Unterhose, einem weißen Unterrock mit dem Zeichen M. S., einem schottischen Kleid mit grünem Untergrund und blauen und roten Karos, einer schwarzen Latzschürze mit aufgesetzten Taschen, einer schwarzen Strickweste, einem modefarbenen, ziemlich abgetragenen Covercoatmantel mit aufgesetzten Taschen, schwarzen Strümpfen, die mit Spiralstrumpfbändern befestigt waren, und einer braunen Sandale. Die zweite Fußbekleidung war nirgends zu finden.

Ein Sonntag der Selbstmorde.

Der Polizeibericht des gestrigen Sonntags verzeichnet eine ganz außergewöhnlich hohe Zahl von Selbstmorden. Als der Studienrat Dr. P., Rabestraße wohnhaft, am Vormittage seine Wohnung, die er mit seinen Schwiegereltern teilte, betrat, fand er seine 26jährige Frau Ruth und seine 51 Jahre alte Schwiegermutter durch Leuchtgas vergiftet, besinnungslos auf. Ein herbeigerufener Arzt konnte bei der Mutter nur noch den Tod feststellen, Frau P. wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo sie nach am Nachmittage gegen 5 Uhr verschied. Der Grund zur Tat ist unbekannt. — Aus Schwermut erhängte sich am Nachmittage die Frau Dr. H., Motzstraße wohnhaft. — Durch Erschießen nahm sich der 22 Jahre alte Kirchhofsarbeiter Paul Koloschinski, Chausseestraße 230 Tempelhof, an der Ecke Dorf- und Chausseestraße das Leben. — Zu Morphium griff in selbstmörderischer Absicht am Vormittage die 54 Jahre alte Witwe B., Steglitzer Straße wohnhaft. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. — Mit Leuchtgas vergiftete sich die 19 Jahre alte Stütze Ella Lück, Heilbronner Straße 21. — Durch Leuchtgas vergifteten sich weiterhin am Vormittage der 32 Jahre alte Arbeiter Bruno Arnholdt, Swinemünder Straße 83 wohnhaft, wegen schlechter Arbeitsverhältnisse und Ehezerwürfnissen, sowie der 28 Jahre alte Händler und Hausverwalter Bruno Kratzel, Türschmidtstraße 34. Die Wiederbelebungsversuche der Feuerwehr blieben hier ohne Erfolg. Ebenso vergiftete sich mit Leuchtgas die 56 Jahre alte Frau Aurelie Thiesler, Beußelstraße 81, angeblich wegen Familienstreitigkeiten.

50 Jahre Köpenicker Bank.

Am Sonnabend Abend beging die Köpenicker Bank im Vereinshaus zu Köpenick die Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens. Prof. Dr. Stein, der Anwalt der Allgemeinen Deutschen Genossenschaft, gab in seiner Festrede einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Instituts. Unter dem Namen Köpenicker Kreditverein wurde es am 15. August 1875 gegründet. Trotzdem Köpenick damals nur 6500 Einwohner zählte, gehörten der Genossenschaft bereits im ersten Jahre 50 Mitglieder an. Die Grundlage des Kreditvereins bildete das wissenschaftliche System von Dr. Hermann Schulze-Delitzsch mit seinem Grundgedanken der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Der Kreditverein erwies sich dann auch im Laufe der Jahre als starke Hilfe des wirtschaftlichen Mittelstandes. Von Jahr zu Jahr wuchsen Einlagen und Umsatz. Die Inflation selbst konnte nicht die soliden Grundlagen der Bank erschüttern. Sie kam ungefährdet über die Krisen hinweg und gehört, wie besonders Direktor Dr. Rappmund von der Dresdner Bank später ausführte, zu den wenigen Instituten, die heute Geld geben und nicht nehmen. Es sprachen darauf die Vertreter der einzelnen Körperschaften; in allen Reden spiegelte sich die Hochachtung, die die Köpenicker Bank allgemein genießt. Deklamatorische Darbietungen von Alfred Braun und Lieder- und Arienvorträge des Bassisten Magreen von der Staatsoper beschlossen den Abend.

Brandstifter an der Arbeit.

Ein großer Brand kam am Sonntag nachts 1 Uhr vermutlich durch Brandstiftung in Steglitz in dem Eckhause Peschkestraße 21 und Rheinstraße zum Ausbruch und verursachte der Feuerwehr viel Arbeit. Als die Gefahr bemerkt wurde, schlugen die Flammen schon an mehreren Stellen aus den Dachluken hell empor. Von fünf Seiten wurde die Feuerwehr fast gleichzeitig alarmiert. Branddirektor Flöcker ließ nach seiner Ankunft sofort „Mittelfeuer" an alle Wachen melden, worauf Löschzüge aus Wilmersdorf und Schöneberg usw. zur Verstärkung der Züge aus Steglitz und Friedenau ausrückten. Ueber die verqualmten Treppen und mechanische Leitern wurde mit fünf Schlauchleitungen angegriffen und längere Zeit tüchtig gelöscht. Es konnte aber nicht mehr verhindert werden, daß der Dachstuhl des modernen Eckhauses niederbrannte und die oberen Geschosse Wasserschaden erlitten. Nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. — Ein zweiter Dachstuhlbrand beschäftigte nachts um 3½ Uhr die Feuerwehr in Weißensee, Friedrichstr. 22/25 längere Zeit. Dort brannten auf dem Boden Säcke u. a. in einem Sortierraum, so daß auch hier kräftig Wasser gegeben werden mußte. Hier war es noch möglich, die Entstehung des Feuers aufzuklären. Ein dritter Brand wurde aus der Fennstraße 22/26 gemeldet.

Heute früh in der neunten Stunde kam ebenfalls, vermutlich durch Brandstiftung, in dem Eckhause Weisestr. 26, Ecke Allerstraße, ein Feuer zum Ausbruch. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, stand der Dachstuhl des großen Wohnhauses schon vollständig in Flammen. Diese hatten reiche Nahrung gefunden und gefährdeten auch das angrenzende Wohnhaus. Die Feuerwehr mußte deshalb mit 10 Schlauchleitungen angreifen und bis gegen Mittag löschen. Der Dachstuhl ist vollständig niedergebrannt. Von den Wohnungen haben die in dem oberen Stock erheblichen Wasserschaden erlitten. Zum Teil sind auch die Decken durchgebrannt. Die Aufräumungsarbeiten werden die Feuerwehr noch einige Zeit beschäftigen.

Der Abschied der spanischen Aerzte. Am letzten Tage ihres Berliner Aufenthaltes unternahmen die spanischen Aerzte eine Fahrt nach Potsdam, wo sie das Versorgungskrankenhaus für lungenkranke Kriegsbeschädigte besichtigten. Um zwei Uhr traten sie dann eine Dampferfahrt von Potsdam nach Nikolassee an. Die Berliner Aerztekammer hatte die Spanier als Gäste zu einem Frühstück auf dem Dampfer eingeladen. Daran schloß sich die Besichtigung des Oskar-Helene-Heims in Zehlendorf. Nach eingehender Besichtigung fanden Vorführungen der Verkrüppelten statt. Armlose Kinder gaben ein Konzert, Verkrüppelte veranstalteten einen Wettlauf. Prof. Dr. Rosell von der Universität in Barcelona dankte Oberregierungsmedizinalrat Franke und gab zum Ausdruck, daß kluge pädagogische Leitung auch den von der Natur stiefmütterlich Behandelten frohe Stunden bereiten könnte, er sprach warme, anerkennende Worte über die deutsche medizinische Wissenschaft und hoffte, daß sich ein eingehendes, geschlossenes Zusammenarbeiten der spanischen und deutschen Aerzte ermöglichen lassen würde. Der Tag schloß mit einem Bankett im Zoologischen Garten.

Flugzeugabstürze.

Villingen, 17. August. Ein Flugzeug der Hessischen Fluggesellschaft, das am Sonntag früh in Darmstadt aufgestiegen war, um sich an einem der gestern nachmittag veranstalteten Schauflüge zu beteiligen, geriet auf der Gemarkung Nußbach zwischen Sommerau und Triberg in starken Bodennebel. Um sich zu orientieren, mußte das Flugzeug heruntergehen, geriet aber dabei in ein Hindernis und stürzte in einem Hohlwege ab. Der Apparat wurde zertrümmert, die beiden Insassen wurden erheblich verletzt. Der Monteur mußte aus den Trümmern herausgesägt werden.

Würzburg, 17. August. Anläßlich des dritten bayerischen Fliegergedenktages, zu dem u. a. Reichspräsident v. Hindenburg und Ministerpräsident Dr. Held Begrüßungstelegramme geschickt hatten, fand auf dem Galgenberg ein Schaufliegen statt. Bei der Ausführung eines Geschicklichkeitsfluges stürzte Hauptmann Ropisch in einer scharfen niedrigen Kurve ab. Nach einer Blättermeldung ist der Verunglückte seinen Verletzungen bereits erlegen.

Raubüberfall in einem Eisenbahnzug.

In der Nacht auf Sonntag wurde auf einen Reisenden des 12,18 von Braunschweig abgehenden Zuges Braunschweig—Seesen bei Leifelde ein Raubüberfall verübt. Der Reisende befand sich in einem vorderen Waggon dritter Klasse, von dem nur drei Abteile besetzt waren. Mitreisende bemerkten am Bahnhof Leifelde, nachdem sich der Zug bereits in Bewegung setzen wollte, aus einem Abteil ein verdächtiges Geräusch von Poltern und Stöhnen. Nachdem auch der Schaffner darauf aufmerksam gemacht worden war, öffnete man die Tür und sah einen Mann in liegender Stellung, der eine andere Person niederdrückte. Auf die Frage des Schaffners, erhob sich der Mann blitzartig, öffnete die dem Bahnsteig entgegengesetzte Tür, sprang aus dem Zuge und verschwand im Dunkeln. Der Ueberfallene konnte nur angeben, daß er nach Sedwigburg wolle. Er vermißte seine Aktentasche, Hut und Wertsachen. Von dem Räuber war im Dunkel keine Spur zu sehen. Einer der Mitreisenden will gesehen haben, wie zwei Personen aus dem Zuge sprangen.

Die Typhusepidemie im Erlöschen?

Auf unsere Erkundigungen teilt uns das Pressedezernat im Wohlfahrtsministerium mit, daß die in Anklam, Hanau und Solingen ausgebrochenen Typhusepidemien im Erlöschen begriffen seien. Die mehrfach verbreitete Annahme, daß die Epidemien durch pasteurisierte Molkereimilch hervorgerufen worden seien, ist nach den bakteriologischen Analysen unzutreffend. Geheimrat Senz hat sich zu einer neuen Inspektionsreise in das Epidemiegebiet begeben. — Im gewissen Gegensatz zu dem optimistischen Communique der zuständigen Stellen stehen die Nachrichten, die in letzter Zeit insbesondere aus Anklam über die Entwicklung der Seuche gekommen sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

13. Kreis. Dienstag, den 18. August, 7½ Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses im Jugendheim, Brellestr.

14. und 15. Abt. Heute Montag 7½ Uhr, Frauenabend bei Goldbach, Dircksenstr. 7. Lichtbildervortrag Ref. Genosse Schreiber.

37. Abt. Charlottenburg. Heute 7½ Uhr Frauenabend bei Khunert Wielandstr. 4. Vortrag des Gen. Dr. Jaffe: Kommunale Fürsorge.

82. Abt. Steglitz. Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Dienstag, nachm. 3 Uhr, im Heim Albrechtstr. 47. Sitzung der Helfer.

96. Abt. Neukölln. Dienstag, 7½ Uhr, Funktionärsitzung bei Brandt, Wipper- Ecke Thüringerstr.

Jungsozialistengruppe Reinickendorf. Dienstag, 7½ Uhr, im Seebad, Residenzstr. Gruppenabend.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

1. Abt.: Genosse August Kamm, Elsasserstraße 7, ist verstorben. Beerdigung morgen, Dienstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem St. Elisabethkirchhof, Ackerstraße.

91. Abt. Neukölln: Der Genosse Oskar Flöter, Bismarckstraße 3, ist verstorben. Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 4 Uhr auf dem Jerusalemerkirchhof, Hermannstraße, statt.

Gewerkschaftsbewegung

Uebergang zur Tagesordnung.

Die Berliner Bauarbeiter zum Schiedsspruch.

Heute vormittag nahmen die Bauarbeiter in ihrer Generalversammlung zu dem am Freitag gefällten Schiedsspruch Stellung. Nachdem Drüggemüller über die Verhandlungen berichtet hatte, wurde beantragt, sich dem Vorgehen des Vereinsbeirats anzuschließen, der in seiner Sitzung am Sonnabend beschlossen hatte, über den Schiedsspruch zur Tagesordnung überzugehen. Dieser Antrag fand einstimmige Billigung. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Solidarität der deutschen Arbeiterschaft.

Hatte irgendeiner der Beteiligten im Schiedsgericht einen anderen Erfolg dieses Schiedsspruches erwartet?

Bauarbeiterstreik und Elektrizitätswerke.

Die Berliner Städtische Elektrizitätswerke A.-G. teilt der Presse mit, daß der Bauarbeiterstreik für die kommende Stromversorgung Berlins höchst nachteilige Folgen ergebe. In den folgenden Sätzen wird diese Behauptung zu begründen versucht:

„In einer ganzen Anzahl von Fällen wird es nicht möglich sein, bei Siedlungen und Neubauten die Anschlüsse und Ausführungen, welche unter anderen Umständen erledigt worden wären, rechtzeitig fertigzustellen. Dies ist um so bedauerlicher, als gerade solche Anlagen, wie z. B. Müggelheim, Lübars u. a. m., die meist von kleinen Leuten bewohnt werden, hiervon betroffen sind.

Aber auch allgemein wird man etwa von Oktober ab infolge des gesteigerten Stromverbrauches sich mit unzureichender Kraft- und Stromzufuhr vertraut machen müssen, da die vorgesehene Höchstleistung der Werke aus dem bereits erwähnten Grund nicht erzielt werden kann, die zur Erreichung dieses Zieles unbedingt notwendig gewesen wäre.

Diese Folgen sind um so bedeutsamer, als gerade in der schwersten Zeit des Jahres die arbeitenden Massen davon betroffen werden. Der Bauarbeiterstreik wirft also schon hier seine Schatten voraus und wirkt sich in einer Form aus, die sich in erster Linie gegen die Interessen der Arbeiter selbst richtet." (Von uns gesperrt. Red. d. „Vorw.")

Da der letzte Satz über den referierenden Charakter dieser Darlegungen hinausgeht, ein Werturteil dahin abgibt, der Streik im Baugewerbe sei nicht angebracht und richte sich gegen die Interessen der Arbeiter selbst, müssen wir dem „Werbebureau" der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke schon sagen, daß es wohl die Interessen des Betriebes, nicht aber die Interessen der Bauunternehmer zu vertreten hat.

Bei einiger Ueberlegung müssen sich auch die leitenden Personen dieses Werbebureaus sagen, daß die Bauhilfsarbeiter nicht so töricht sind, etwa aus Zeitvertreib zu streiken und ihre Lebenshaltung einzuschränken, anstatt zu arbeiten. Es müssen doch schon gewichtige Gründe für die Bauarbeiter gegeben sein, um die Arbeit ruhen zu lassen und den Kampf für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzunehmen.

Das Werbebureau wird sich doch nicht träumen lassen, daß seine „Information" etwa dazu führt, die Bauarbeiter auch nur eine Stunde früher zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen.

Die Arbeiter bedauern am meisten, daß sie infolge der Scharfmacherei der Unternehmer nicht weiterarbeiten können. Wäre der letzte Schiedsspruch unter Berücksichtigung des vorhergehenden gefällt worden und so ausgefallen, daß den Berliner Bauarbeitern seine Annahme mit gutem Gewissen empfohlen werden könnte, dann konnte am Mittwoch oder Donnerstag die Arbeit auf der ganzen Linie wieder aufgenommen werden.

Wenn aber nun die Bauunternehmer zur Aussperrung übergehen, wird dann das Werbebureau sich erlauben, auf das Verhalten der Unternehmer hinzuweisen und ihnen zu sagen, daß sie ihre eigenen Interessen schädigen?

Ueberdies dürfte dem Werbebureau der E.-Werke bekannt sein, daß trotz dem Streik gearbeitet wird, wo die Bedingungen der Arbeiterschaft erfüllt sind, und auch die „Aussperrung" daran nichts ändert. Die Berliner Städtischen Elektrizitätswerke können den Streik, der die rechtzeitige Ausführung ihrer Baupläne nicht zuließ, bedauern, doch dürfen sie deshalb nicht ihren Apparat aufbieten, um zu versuchen, die öffentliche Meinung gegen die streikenden Bauarbeiter einzunehmen. Das wird in der Rechtspresse ohnehin versucht.

AEG.-Kabelwerk Oberschöneweide.

Die Aussperrung der 2000 Metallarbeiter ist durch Verhandlung der Organisation aufgehoben. Maßregelungen finden nicht statt. Die Arbeiterschaft wird zu den alten Rechten wieder eingestellt. Die noch bestehenden Differenzen werden durch Verhandlungen im Betrieb erledigt. Bei dieser Gelegenheit möchten wir die noch immer unorganisierten Metallarbeiter an ihre Organisationspflicht erinnern. Auch für die künftige Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie kommt es in erster Linie darauf an, daß die Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft gewerkschaftlich organisiert ist. Es ist höchste Zeit, das bisher Versäumte nachzuholen.

Der Streik in der chemischen Industrie.

Die Betriebsversammlung der streikenden Belegschaft der J. D. Riedel Akt.-Ges. am Sonnabend nahm Kenntnis von den resultatlos verlaufenen zentralen Verhandlungen vor dem Bezirkstarifamt. Die Belegschaft beschloß einstimmig den Kampf fortzusetzen. Der Firma Riedel ist es nicht möglich, mit ihren „neu angeworbenen" Arbeitern einen geregelten Betrieb fortzuführen. Der Streikleitung wurde einstimmig das Vertrauen und der Dank der Belegschaft für ihre Tätigkeit ausgesprochen.

40 Jahre Gewerkschaftsarbeit.

Die Gründung des Brauerverbandes.

Heute, am 17. August, vollenden sich vier Jahrzehnte seit Gründung des jetzigen **Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter.** Von der Brauindustrie ausgehend, waren es zuerst die Brauer, welche die Notwendigkeit der Organisation erkannten. Vereine der Brauer entstanden in den größeren Bierstädten. Nach einem Aufruf aus Berlin fanden sich die Vertreter einer Anzahl Vereine am 17. August 1885 zu einem Kongreß in Berlin zusammen, wo die Gründung des Allgemeinen Brauerverbandes beschlossen wurde.

Obwohl von der Not zur Organisation gedrängt, von der überlangen Arbeitszeit bis zu 18 Stunden, der unentgeltlichen Sonntagsarbeit immer bis in den Nachmittag hinein, den niedrigen Löhnen, der Rechtlosigkeit auf allen Gebieten, blieben ernstere Vorstöße zur Verbesserung der Verhältnisse zunächst aus. Der Druck der Unternehmer war groß, das Sozialistengesetz wirkte lähmend, persönliche Gegensätze, die sich auf die Vereine ausdehnten, waren der Organisationstätigkeit nicht förderlich, taktische, organisationstechnische Fragen nahmen viel Zeit in Anspruch, der alte Untertanengeist war noch nicht überall überwunden und hemmte die Vorwärtsdrängenden. Aber es gärte, und 1889 brachen die ersten größeren Kämpfe aus, gegen den Willen der damaligen Verbandsleitung, die noch auf dem Harmoniestandpunkt stand, aus Ueberzeugung oder gezwungen. Mit den ersten Kämpfen war das Eis gebrochen, die fortschrittliche Richtung gewann mehr Anhang, und 1891, auf dem Verbandstag in Hannover, erfolgte mit dem Wechsel der Verbandsleitung die Umstellung des Verbandes auf freigewerkschaftlichem Boden mit alsbaldigem Anschluß an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Kämpfe hatten gezeigt, daß mit der reinen Berufsorganisation die Verhältnisse schwerer zu meistern waren, die Stoßkraft der Organisation nicht voll zur Wirkung kam, weil Lücken in der Front der Arbeiter vorhanden waren. Das führte schnell zu der Erkenntnis, daß die Grenzen der Organisation zu eng gezogen waren, daß sie erweitert werden müssen, um eine geschlossene Front gegenüber dem Unternehmertum zu schaffen. Und schon 1893 beschloß der in Nürnberg tagende Verbandstag: Ausdehnung des Organisationsbereichs auf alle in Brauereien, Bierniederlagen und Mälzereien beschäftigten Arbeiter, auch die Brennereiarbeiter sollten mit einbezogen werden. Damit war der Grundstein für die Industrieorganisation gelegt. Mit verstärktem Eifer ging es an den Aufbau. Daß der Beschluß richtig war, zeigte die Zukunft. Schwere Kämpfe waren durchzufechten, aber mit den Kämpfen wuchs die Organisation und wuchsen die Erfolge. Die Agitation wurde ausgedehnt auf die übrigen Getränkeindustrien, als notwendige Abgleichung verwandter und gleichartiger Interessengebiete. Die Organisation erkämpfte sich das Mitbestimmungsrecht im Arbeits- und Lohnverhältnis, räumte mit der Zeit gründlich auf mit der langen Arbeitszeit, der unbezahlten Sonntagsarbeit, den niedrigen Löhnen, der früheren Rechtlosigkeit. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden in Tarifverträgen niedergelegt, zur Zeit, als über die Zweckmäßigkeit der Tarifverträge noch diskutiert wurde. Der erste Tarifvertrag wurde 1892 in Stuttgart abgeschlossen, nach längerer Pause setzte die Tarifbewegung besonders erfolgreich 1898 ein. Zehn Jahre später waren die Tarifverträge im Organisationsbereich des Verbandes allgemein und als wichtiger Bestandteil derselben der Urlaub ohne Lohnabzug eingeführt und die Regelung des § 616 BGB., wonach bei Arbeitsbehinderung der Lohn oder ein Teil desselben für eine bestimmte Zeit weitergezahlt wurde.

Im Jahre 1910 erfolgte der Zusammenschluß mit dem Mühlenarbeiterverband. Damit erweiterte sich das Tätigkeitsgebiet, aber auch das Kampfgebiet mit dem meistens noch recht selbstherrlichen Unternehmertum in der Mühlenindustrie. Die gestellte Aufgabe wurde erfüllt, die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Mühlenindustrie den in der Getränkeindustrie üblichen nachgebildet und das Tarifvertragswesen durchgeführt.

In vierzigjähriger Arbeit hat die Organisation fruchtbringende Kulturarbeit geleistet, hat früher stumpf dahinlebende Arbeitermassen zur Erkenntnis ihres Menschenwertes gebracht, sie zur Solidarität erzogen und zu Kämpfern für ihren wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg gewandelt. Mit einem Häuflein von 1300 im Jahre 1885 fing es an, die Zahl sank bei der Umstellung auf freigewerkschaftlichen Boden im Jahre 1891 gar auf 500. Nach Uebergang zur Industrieorganisation stieg die Zahl der Mitglieder 1895 auf 6018, 1900 auf 11 410, 1905 auf 21 697. Mit dem Anschluß des 4441 Mitglieder zählenden Mühlenarbeiterverbandes stieg die Mitgliederzahl 1910 auf 37 074, 1913 waren 51 537 erreicht. Im Kriege fiel der Mitgliederbestand auf 17 316, erreichte den Höchststand 1922 mit 82 361, immer im Jahresdurchschnitt. Der Verlust der Inflationszeit drückte die Mitgliederzahl auf 65 235 im Jahre 1924 herab. Seitdem geht es wieder aufwärts. Die Gesamteinnahmen seit 1891 — mit Ausnahme der fünf Inflationsjahre 1919 bis 1923 und mit Ausnahme der Ziffern des früheren Mühlenarbeiterverbandes — betrugen rund 14 336 000 M. Für Kampfzwecke wurden in der gleichen Zeit ausgegeben 2 903 589 Mk., an Unterstützungen sonstiger Art 4 400 903 M., insgesamt 7 394 492 M. Aus dem Inflationszusammenbruch ist die Organisation wieder zu reger Tätigkeit erstanden. Seit Anfang dieses Jahres besitzt sie ein eigenes Heim. Ihrer Aufgabe im Kampfe um die Interessen der Berufsarbeiter wird sie auch in Zukunft gerecht werden. Fr. Krieg.

Alles wird stillgelegt!

Bochum, 17. August. (Eigener Drahtbericht.) Die zum „Klöckner"-Konzern gehörige Zeche „General" in Weitmar wird zum 1. September stillgelegt. Der 665 Mann betragenden Belegschaft ist gekündigt worden. Den Beamten war schon vorher gekündigt. Die Verwaltung hat in den letzten Wochen den Versuch gemacht, die Arbeiter zu einer längeren Arbeitszeit zu bewegen. Sämtliche Steiger hatten den Auftrag, jeden einzelnen Arbeiter zu befragen, ob er freiwillig 8½ Stunden unterirdisch verfahren wolle. Sollte sich ein größerer Teil bereit erklären, würde die Verwaltung den Betrieb aufrechterhalten. Die Befragung ist gegen die Verlängerung der Arbeitszeit ausgefallen. Die Leistung war von 0,65 Tonnen in der Vorkriegszeit auf 1,05 Tonnen gestiegen!

Aus der Partei.

Das belgische Parteijubiläum. In Brüssel fand am Sonntag die 40jährige Gründungsfeier der belgischen Arbeiterpartei statt. Zur Feier, die sich zu einem stolzen und unvergeßlichen Tag für alle Teilnehmer gestaltete, war die ganze Stadt auf das prächtigste geschmückt. 20 Länder waren durch 42 Delegierte vertreten. Deutschland hatte als Vertreter Adolf Braun, England Henderson, die Internationale Fritz Adler entsandt. Den Höhepunkt der Feier bildete ein Umzug der sozialistischen Jugend des ganzen Landes durch die Hauptstraßen Brüssels. Die Kundgebung endete auf dem historischen Rathausplatz im parteigeschichtlichen Gasthaus „Au Cygne" (Zum Schwan), wo vor 40 Jahren die belgische Arbeiterpartei gegründet wurde, wo aber auch schon 1847 Karl Marx den Deutschen Arbeiterverein und später die erste deutsche sozialistische Zeitung, seinen „Vorwärts", ins Leben gerufen hat. Der Festredner, jetzt Außenminister Vandervelde fand Worte hoher Beredsamkeit, um den würdigen Aufstieg der belgischen Arbeiter und ihrer Organisationen zu schildern. Während das Sklavenlos der Arbeiterklasse früher sprichwörtlich war, sehe man jetzt eine Gewähr für die baldige Eroberung der Macht durch die belgischen Arbeiter. Dann folgten Vorträge Friedrich Adlers in deutscher und ein solcher Hendersons in englischer Sprache. Sämtliche Reden wurden im Rathaus gehalten und durch Lautsprecher an die wartende gewaltige Menge weitergeleitet. In einem besonders eindrucksvollen Aufmarsch waren alle Teile der belgischen Arbeiterbewegung mit insgesamt 4000 Flaggen vertreten. — Am Abend versammelten sich die Teilnehmer bei Konzerten und anderen musikalischen Darbietungen im Volkshaus.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Branche Lebensmittelbetriebe. Morgen Dienstag, abend 7 Uhr, in den Fürstenberg-Festsälen, Frankfurter Allee 2, an der Weberwiese: Versammlung.

Sport.

Um die Radweltmeisterschaften.

Am Sonntag begannen in Amsterdam die Kämpfe um die Radweltmeisterschaften. Bei den Berufsfahrern siegte im Entscheidungslauf der Schweizer E. Kaufmann gegen Schilles (Frankreich). Kaufmann ist somit Weltmeister der Strecke über 800 Meter. Die 800-Meter-Weltmeisterschaft der Amateure sicherte sich der Holländer Jaap Meyer gegen Mazairac (Holland). Der Dienstag bringt die Entscheidung über die 100-Kilometer-Weltmeisterschaft.

Rennen zu Ruhleben am Sonntag, den 16. August.

1. Rennen: 1. Peter Harvester (H. Grabe), 2. Importation, 3. Pedro. Toto: 43:10. Pl.: 17, 56, 14:10. Ferner liefen: Interessant, Bovan, Cuba, Ypsilanti, Coriolanus, Barmaid.

2. Rennen: 1. Lebenskünstler (G. Jauß jr.), 2. Magowan jr., 3. Kohlenkönigin. Toto: 13:10. Pl.: 12, 14, 20:10. Ferner liefen: Dele Marion, Kopeke, Kasimir, Möglich, Edelreis, Bolwin, Erich S.

3. Rennen: 1. Abteilung: 1. Flora Bingen (Besitzer), 2. Zeitgeist, 3. Höhensonne. Toto: 89:10. Pl.: 32, 19, 27:10. Ferner liefen: Heiderose B., Carl Alexander, Lump, Verdun, Willy I, Linsko, Heideprinz I, Klusk. — 2. Abteilung: 1. Pontresina (W. Weidner), 2. Jeffries jr., 3. Quera. Toto: 114:10. Pl.: 50, 22, 71:10. Ferner liefen: Fenelon, Diagonale, Handfest, Wainsca, Mädel, Stapellauf, Odessa.

4. Rennen: 1. Stechen: 1. Florentiner (J. Mills), 2. Nathan IV, 3. Mary H. Toto: 21:10. Pl.: 11, 13, 12:10. Ferner liefen: Homer, Pet, Interpellant, Erdmann, Feuerwehr. — 2. Stechen: 1. Florentiner, (J. Mills), 2. Erdmann, 3. Mary H. Toto: 29:10. Pl.: 14, 23, 17:10. Ferner liefen: Homer, Pet, Nathan IV, Feuerwehr.

5. Rennen: 1. Trotteur (R. Gratzmann), 2. Qui vive, 3. Gassenmädel. Toto: 16:10. Platz: 12, 14:10. Ferner lief: Josef.

6. Rennen: 1. Divisionär (W. Lenzer), 2. Königsadler, 3. Lydia Watts. Toto: 36:10. Platz: 16, 13, 13:10. Ferner liefen: Crassus, Dichtung, Katzbach, Augenstern B., Katharina, Broschüre, Lilac.

7. Rennen: 1. True Fox (G. Jauß jr.), 2. Johanniskäfer, 3. Karneval. Toto: 17:10. Platz: 11, 12, 15:10. Ferner liefen: Angriff, Harlekin, Ballonkönigin, Federnelke, Alpenfex, Fürst.

8. Rennen: 1. Allmark (B. Heckert), 2. Good Boy, 3. Schwarzwaldmädel. Toto: 16:10. Platz: 14, 13, 18:10. Ferner liefen: Varillas D., Linscott jr., Tudora, Kapitain Hasse, Salome, Quantität, Benedict, Belvedere, Knicker, Charlotte-Mathilde.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eßkorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Sinalco! die echte Blitzbrause zuckergesüßt.
Nur nebensteh. Schutzmarke bürgt für echte, gute Ware

Lieferanten:
Generalvertrieb: Starick & Krüger, G. m. b. H., Landsberger Allee 6—7

F. Fänning, SO, Wiener Str. 17a | A. Bethge, N, Rügener Straße 16
A. Riemer, SO, Kottb. Ufer 39-40 | H. Salm, SO, Naunynstraße 61
C. Evers, SO, Reichenberg. Str. 56 | C. Petri, N, Gartenstraße 81
F. Scheitler, SO, Reichenberger Str. 31 | W. Schimke, N, Schönholz. Str. 15
G. Steiger, S, Schönleinstr. 23 | E. Sichting, N, Lychener Str. 131
E. Rauch, SW, Neuenburg. Str. 28 | F. Voß Nachflg., N, Ackerstr. 19
J. Bartsch, C, Steinstraße 28 | W. Gürtler, Steglitz, Körnerstr. 16
P. Heinze, C, Fischerbrücke 15 | G. Hoffmann, Charl., Krummestr. 10
R. Kluger, O, Tasdorfer Str. 52 | A. Liebig, Charl., Grolmannstr. 60
H. Fanselow, Charlottenburg, Röntgenstraße 8
H. Tick, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 146
M. Köhler, Wilmersdorf, Brandenburgische Straße 77
Golysse & Co., Zeuthen
W. Kröhnke, Tempelhof, Berliner Straße 97
Gebr. Schönefeld, Friedrichshagen, Seestr. 118
C. Mügge, Spandau, Weißenburger Straße 16a
F. Müggenburg, Potsdam, Alte Louisenstraße 22-23
W. Kastner, Köpenick, Kaiser Wilhelm-Straße 167
Starick & Krüger, G. m. b. H., Hermsdorf, Lindenstraße 15

Ersatzlose und Kauflose
zur jetzigen Hauptziehung der Preußischen Staatslotterie sind noch zu haben in der
Lotterie-Einnahme von Karl Gehrle
Berlin W., Potsdamer Str. 3, am Potsdamer Platz
Nollendorf 428, 429.
Bestellungen auf Lose erster Klasse werden schon jetzt entgegen genommen.

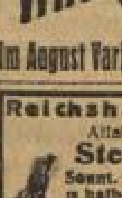
Schiller-Theat. Operettenspielzeit 8 Uhr
Annemarie
Operette von Jean Gilbert u. Robert Gilbert mit Dora — Leffler — Nyman — Spira — Basell — Heidemann — Diegelmann — Hiller — Kuthan — Ledebour

Thalia-Th. Unwiderruflich letzter Monat
8: **Uschi**
Th. i. d. Kommand. Str.
8: Vetter a. Dingsda

Trau-ringe [illegible]
Paul Golletz.
vormals Robert [illegible]
Mariannenstr. [illegible]
Amt Moritzpl. 103 90

WINTERGARTEN
Im August Varieté größten Stils! (Rauchen gestatt.)

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr:
Stettiner Sänger
Sonnt. 30. 8.: Erste Nachm.-Vorst. zu halben Preisen u. vollem Abend-Progr.



Dönhoff-Brett'l: Saal u. wundervoll. Garten
Großes Varieté!
U. a.: D urkomische Sams

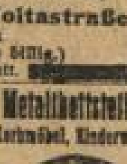
Ecke-Sänger
Kottbuser Str. 6 - Tel. Mpl. 109 77.
Täglich 8 Uhr
die konkurrenzlose Revue:
Berlin ... da kiekste!
19 Bilder.
Sichern Sie sich im Vorverkauf gute Plätze

Tapeten
25 Pf. 30 Pf. 35 Pf.
Riesenauswahl in allen Preislagen — herrliche Muster
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Etage, kein Laden
(Ringfrei, daher konkurrenzlos billig.)
Vorzeiger erhält 5% Rabatt.

Steuergesetze
Herabgesetzter Sonderpreis!
Die soeben erschienene Nr. 39 des Reichsgesetzblatts! enthaltend die neuen Steuergesetze kostet M. 1.—. Preisnachlaß für größeren Bedarf.
Gesetzsammlungsamt, Berlin NW., Scharnhorststraße 4.

Besonders [illegible] **billig!**

Metallbettstellen Korbmöbel, Kinderwagen



Diskret Teilzahlung bei sofort. Lieferung:
BALL
Gr. Frankfurt. Str. 47 gegenüb. Markusstr.
Reparaturen anrufen Alex. 1366

20 Jahre bin ich an
Gesichts-ausschlag
Durch Schaumauflage mit Obermeyer's Medizinal-Herba-Seife erzielte ich rasche Heilung. Fr. Hachmann in W. Per St. [illegible], 50% verstärkt M. 1.— Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besonders zu empfehlen. Zu haben in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien

Kopf-, Kleider-, Filz- u. Tier-**Läuse** Wanzen Schwaben Heimchen Ratten
beseitigt nur sofort unter Garantie
Eckolda „A" „B" „C" „D" „E"
Zu haben in Apotheken und Drogerien
Generalvertreter
Paul Bremer, Berlin NO 55
Christburger Str. 8. Tel. Humboldt 156

Verkäufe

Brikzeuge (Richter-Präzision), Sicherheits-Goldfüllfederhalter. Bureaubedarfshaus Lindner, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße 36/37.

Naumann-Nähmaschinen für Hausgebrauch und Gewerbe. Teilzahlung. Reparatur-Werkstatt für alle Systeme Emil Halbarth G. m. b. H., Friedrichstraße 10a. Merkur 6268.

Linoleum, Linoleumläufer, 90 Zentimeter, 3,50, Linoleumteppiche Linoleumlagerei, Weinmeisterstraße 101, Moritzplatz 168 88.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Getragene Herrengarderoben, tadellos erhalten, große Auswahl, billige Preise. Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7.

Möbel

Ankleideschränke 110.—, englische Bettstellen 48.—, Plüschsofas, Einzelmöbel, Teilzahlungserleichterung. Stein, nur Invalidenstraße 20.

Möbelsucher, Neueröffnung, Möbelmagazin nur Invalidenstraße 121, Hof (am Stettinerbahnhof). Billigste Preise, Teilzahlung gestattet.

Speisezimmer, echt Eiche, prachtvolle Ausführung, rund vorgebaut, innen Mahagoni, Silberkasten und Silberzüge, große Glasvitrine mit gebogenen, geschliffenen Gläsern, ganz aparte Kredenz, schwerer Ausziehtisch mit 6 hohen Rindlederstühlen, komplett, gebeizt, 595.—. Möbelniederlage Berlin, Auguststraße 47a, am Rosenthaler Tor.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 55.

Fahrräder

Linienstraße 65! Herrenräder, Damenräder, Rennmaschinen zu Einführungspreisen. Kleine Anzahlung, bequeme Teilzahlung. Schachmann, Linienstr. 65.

Kaufgesuche

Fahrräder kauft Linienstraße 19

Arbeitsmarkt

Wenderinnen für erstes Damenmäntel-Atelier sofort gesucht. Meldungen von 10—12 und 5—7 Uhr in der Personal-Verwaltung. Landorf, Belle-Alliancestr. 1/2